

Etatrede zum Haushalt 2008

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Karl Sasserath

17. Dezember 2008

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

zu Beginn möchte ich erst einmal allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, die an dem vorliegenden Etat mitgewirkt haben, im Namen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen danken. Es ist eine große Leistung, die Sie da bewältigt haben, und sie nötigt uns Respekt ab.

Zum Haushalt:

„Nichts ist so stetig wie der Wandel“ - kaum ein anderes Zitat, sehr geehrte Damen und Herren, umschreibt die Bedingungen der heutigen Wirtschaftswelt treffender. Die Globalisierung schreitet schnell voran, doch der Strukturwandel, unter dessen Folgen MG nach wie vor leidet, macht es der Stadt schwer, mitzugehen. Das Haushaltsdefizit beträgt über 1 Milliarde Euro; wir sind kaum noch handlungsfähig. Die städtischen Ausgaben sind hoch, die Einnahmen stagnieren oder sinken. Für das kommende Jahr hat selbst die Kanzlerin alles anderes als positive Entwicklungen in Aussicht gestellt. Wer jetzt noch - wie Teile von CDU/FDP - glaubt, die

Mönchengladbacher Strukturkrise, die mit dieser Finanzkrise einhergeht, werde sich wiederum über die Kräfte des Marktes lösen lassen, hat einfach nichts verstanden. Es ist eine fatale Einstellung, die erstaunlicherweise noch immer in großen Teilen der Mehrheitsfraktionen von CDU und FDP zu finden ist. Ihr entspringt die Bereitschaft, sich auf teure Prestigeprojekte wie etwa das Handels- und Dienstleistungszentrum (HDZ) einzulassen. So etwas mag Großkonzerne weiterbringen, die Stadt aber nicht.

Die finanzielle Lage in Mönchengladbach ist schlimm, keine Frage. Noch aber sind wir nicht in der Situation von Oberhausen - wir können noch handeln! Wir: das heißt, Bürger, Vereine und Verbände und die Parteien gemeinsam. Das erfordert einfach der Umfang mit den Problemen. Es hat wenig Sinn, wie in der Vergangenheit leider viel zu oft geschehen, einen Gutachter nach dem anderen zu beauftragen, um herauszufinden, was wir sowieso schon wissen.

Bekanntlich haben CDU / FDP die Firma Rödl und Partner beauftragt, Maßnahmen zu entwickeln, die helfen, den Haushalt wieder auszugleichen.

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

Da stehen so unsinnige Vorschläge darin, wie die Hundsteuer für sogenannte „gefährliche“ Hunde zu erhöhen und Hundehalter intensiver zu kontrollieren. Im Übrigen ist die vermutete rassebedingte Gefährlichkeit inzwischen eindeutig durch Testreihen der Tiermedizinischen Hochschule Hannover widerlegt.

Derartige Verzweifelungsaktionen bringen uns aber nicht weiter. Nach den Erkenntnissen der Verwaltung leben in Mönchengladbach derzeit 72 „Kampfhunde“. Mit der höheren Besteuerung geht die Einrichtung einer neuen Stelle in der Verwaltung, die über 50.000 Euro im Jahr kosten wird, einher. Nur 45.000 Euro Einnahmen sind theoretisch ermittelt, gleichzeitig sollen „Kampfhunde“, deren Ungefährlichkeit ihre Halter nachweisen können, von der Erhöhung ausgenommen bleiben, was wiederum die jährliche Einnahme von 45.000 Euro verringert. Selbst die Tatsache, dass der Kämmerer selbst es war, der gegen die Einführung dieser Steuererhöhung Stellung bezog, konnte die örtliche Liga gegen das Kampfhundwesen nicht bremsen.

Die politischen Befürworter der „Kampfhundesteuer“ sollten sich fragen, „Glaube ich tatsächlich, dass diejenigen, die ihre Kampfhunde gestern nicht gut erzogen haben, morgen nicht einfach auf andere Hunderassen zurückgreifen würden, für die man keine Kampfhundsteuer zahlen muss, obwohl sie aufgrund einer unverantwortlichen Haltung ähnliche Gefahrenpotentiale aufweisen?“ Ist es Hundehaltern zu verübeln, dass sie aufgrund einer solch unsinnigen Steuer über einen Wegzug aus Mönchengladbach nachdenken?

Bei alledem gewinnen die Hundehalter den Eindruck, einer Verwaltung und Politik ausgeliefert zu sein, die auf der einen Seite für Hundehalter, wie die ergebnislose Diskussion in punkto Freilaufflächen gezeigt hat, nichts unternehmen möchte; auf der anderen Seite jedoch wieder einmal herausfindet, wie sich durch eine unsinnige Steuererhöhung noch ein paar Euro herausholen lassen.

CDU/FDP haben bekanntlich ja auf Empfehlung der Firma Rödl & Partner auch versucht, die städtischen RWE-Aktien zu versilbern, obwohl der Verkauf für die Stadt gar keinen wirtschaftlichen Nutzen mit sich bringt. Die strukturellen Haushaltsprobleme der Stadt ändern sich durch den Aktienverkauf aber nicht. Wichtiger ist es doch, die Einnahmeseite zu verbessern. Wir finden, auch die Beteiligungsgesellschaften müssen hier viel stärker ihre Beiträge leisten, um die Haushaltssituation zu verbessern.

Ein Feld, auf dem leider allzu häufig Stillstand zu erkennen ist, das ist der Bereich Stadtplanung. Eines der traurigsten Beispiele dafür ist das alte Schauspielhaus an der Hindenburgstraße. Seit über zehn Jahren, das muss man sich mal vorstellen, steht dieses Haus leer, seit über zehn Jahren tut sich hier nichts. Das, meine Damen und Herren von CDU und FDP, hat die Stadt Ihnen zu verdanken. Die Frage bleibt: Wer übernimmt dafür die Verantwortung?

Nun steht im nächsten Jahr die Sanierung der Stadthalle Rheydt an. Der Umbau steht lange fest, eine bezahlbare Ausweichspielstätte kann uns der zuständige Dezernent Dr. Fischer aber immer noch nicht präsentieren. Jetzt, eine Woche vor Weihnachten, hat er festgestellt, dass die Sanierung der ehemaligen Wehrbereichsverpflegungshalle zu teuer ist. Und selbst bei Herrn Besten scheint es mittlerweile zu dämmern: er überlegt plötzlich, eventuell das ehemalige Schauspielhaus an der Hindenburgstraße als Ausweichspielstätte zu nutzen. Schön, dass Sie auch schon drauf gekommen sind, Herr Besten, wenn auch nicht von selbst. Diesen Vorschlag haben wir Ihnen frühzeitig und vielfach unterbreitet, wenn Sie sich erinnern möchten.

Dies ist nur eine von vielen verpassten Chancen hier in der Stadt. Da müssen zig Millionen in den Brandschutz für das Gebäude des Stadttheaters an der Odenkirchener Straße investiert werden. Aber anstatt dies als Chance zu begreifen, wird in die Musealisierung der Immobilie investiert. Die Frage, wie sieht das kulturelle Leben in den nächsten 30 Jahren aus

Wer fordert, jetzt hierüber ernsthaft nachzudenken, bevor in eine Gebäudestruktur investiert wird, deren funktionale Mängel doch bekannt und augenfällig sind, dem wird quer über alle Bänke dieses Hauses hinweg geantwortet, dazu ist es jetzt zu spät. Da hätten Sie früher mit kommen müssen. Hier ist es für Neues schon immer zu spät gewesen. Ist es nicht das, woran wir kranken. Ist es nicht dieses Fatale, **das haben wir immer so gemacht**, das uns in dieser Stadt immer und überall begegnet? War es nicht diese Haltung, mit der ohne Landeszuschüsse und Bundeszuschüsse vor zirka 30 Jahren 53 Millionen in das Gebäude an der Odenkirchener Straße investiert wurden, - ohne sich die Frage zu stellen, lässt sich eine Stadthalle funktional und wirtschaftlich in einem Opernhaus betreiben)

Ist es zu rechtfertigen millionenschwere Investitionen in den Brandschutz für das Gebäude des Stadttheaters an der Odenkirchener Straße zu tätigen, ohne auf die Frage, wie machen wir das Haus für die kulturellen Herausforderungen der nächsten 30 Jahre zukunftsfest, belastbare Antworten gefunden zu haben. Wer sich dieser kulturpolitischen Auseinandersetzung verschließt, der ist auch heute nicht bereit, seinen tarifvertraglichen Verpflichtungen gegenüber den Beschäftigten der städtischen Bühnen Mönchengladbach/Krefeld nachzukommen.

Hier, meine Damen und Herren von CDU/FDP, finden Sie einen weiteren Grund, weshalb die Fraktion Bündnis 90 Die Grünen dem Haushalt 2009 nicht zustimmen wird.

Bleiben wir in Rheydt, wo wir seit 25 Jahren über den Einbau eines Außenaufzugs am Rheydter Rathaus zur Herstellung eines barrierefreien Zugangs diskutieren. Im Haushalt 2007 strichen Sie, meine Damen und Herren von der CDU/FDP, die hierfür in den Haushalt eingestellten Mittel. Anstatt den Aufzug einzubauen, so beschlossen Sie erst gerade, sollen jetzt diese Mittel dafür verwendet werden, einen Rathausneubau in Rheydt zu

planen. Wo ein Aufzug fehlt, sehen die Mehrheitsfraktionen die Notwendigkeit, gleich ganze Ratshaustrakte abzureißen und neu zu bauen.

Ein weiteres Beispiel für verfehlte Stadtplanung verfolgen wir seit geraumer Zeit in Giesenkirchen mit dem Projekt „2015“. Im Vergabeausschuss beschlossen Sie mit Ihrer Mehrheit, das Unternehmen Geo 3 mit den Ingenieurleistungen zum Umbau des Kunststoffrasens auf der Bezirkssportanlage Bergerfeld durch die Verwaltung beauftragen zu lassen. Geo 3 hatte Planungsunterlagen für das Projekt „Giesenkirchen 2015“ erstellt, ein CDU-Projekt ohne vorherige Ausschreibung, das Bezirksvorsteher Frank Boss gegen jegliche Widerstände der Bürger vorantreibt. Der massive Protest der Bürger in Giesenkirchen (und nicht nur dort) scheint Ihnen, mein Damen und Herren, ja nicht im Geringsten zu denken zu geben.

Ganz im Gegenteil, jetzt kommen Sie mit einem weiteren derartigen Projekt daher: Zum Thema Sportstättenanierungsbedarf legte die Verwaltung eine Prioritätenliste als Beratungsvorlage im Hauptausschuss vor. Darin stellt die Verwaltung fest, dass das Grenzlandstadion einen Ersatz für die in die Jahre gekommene neue Kunststofflaufbahn benötigt. Nach der Devise: „Was uns schon in Giesenkirchen so gut gelungen ist, kann in Rheydt nicht verkehrt sein“, bringen CDU und FDP schnell dazu einen Antrag, der eine Überplanung des Areals 'Grenzlandstadion und Umfeld' fordert, in die politische Diskussion ein. Vereine, Sportler, Eigentümer, Anwohner und Gewerbetreibende können so leicht begreifen, was die Mehrheitsfraktionen unter Sportoffensive verstehen. Sport, Natur und Stadtentwicklung gehen hier eine wirklich schöne politische Verbindung ein. Nur von unverbesserlichen Miesmachern ist zu hören: „Die sehen den Baum vor lauter Wald nicht mehr...“

Ein Bereich, in dem es im wahrsten Sinne des Wortes ständig brennt, ist das Gelände der ehemaligen Mülforter Zeugdruckerei und Färberei Heinrich Bresges. Durch die wiederholten Einsätze der Feuerwehr auf dem Gelände fallen stetig Kosten an, dazu sind Personenschäden bei weiteren Brandfällen nicht auszuschließen. Ursächlich für die Brandfälle sind vor allem Unterlassungen der Eigentümer, denen gegebenenfalls eine Ersatzvornahme angedroht werden muss, im Zweifelsfalle sogar eine Pfändung der Industriebrache, damit die Maßnahmen, die die Stadt zur Abwehr von Gefahren unternehmen muss, beglichen werden. Dass Sie unseren Antrag, dieses Problem anzugehen, als unzulässig werten, indem sie sich auf die falsche Rechtsmeinung des Dezernenten Dr. Schmitz stützen, spricht für sich. Auch dieses Beispiel zeigt: Wo der gesunde Menschenverstand zum Handeln rät, sind Sie für das Aussitzen des Problems. Warum werden Sie so selten aktiv, wie Sie es beim geplanten Handels- und Dienstleistungszentrum (HDZ) geworden sind? Gerade hier, wo es kommunalpolitisch und wirtschaftspolitisch völlig unsinnig ist, mit über 14 Millionen aus dem klammen städtischen Haushalt ein Projekt zu fördern. Anstelle der bekannten Finanzinvestoren, die mit solchen Projekten unweigerlich Einzug

BUNDNIS 90

DIE GRÜNEN

halten, benötigen wir in Mönchengladbach zur Bewältigung des Strukturwandels die aktive Förderung und Unterstützung von Unternehmensgründern. Mit der Hochschule Niederrhein verfügt die Stadt über eine wissenschaftliche Einrichtung, mit und aus der sich heraus eine solche Gründungsoffensive aktiv entwickeln ließe. Seit Jahren zeigen Beispiele in Aachen oder Dortmund wie mit kommunal geförderten Gründerzentren aus Hochschulen erfolgreich neue Unternehmensgründungen realisiert werden können. In Mönchengladbach kann man sich oft dagegen des Eindrucks nicht erwehren, als wenn die politische Mehrheit dieses Rates noch nicht einmal die verschiedenen Fachbereiche der Hochschule kennen würde.

Anstatt städtische Gebäude wie das ehemalige Gesundheitsamt in Rheydt oder das Gebäude der ehemaligen Landeszentralbank an der Endepohlstraße als Gründerzentren zu erschwinglichen Preisen anzubieten, verfällt an diesen Orten städtisches Eigentum Jahr um Jahr weiter bis zu guter Letzt der Abrissbagger kommt. Das erschreckende hieran ist der doppelte Substanzverlust: Die Vernichtung von städtischem Eigentum und von Ressourcen, die wir für den dringend erforderlichen Strukturwandel benötigen.

Was der Politik der Mehrheitsfraktionen fehlt, ist Folgendes: Zusammenhänge erkennen und vorausschauend handeln.

Um langfristig Mittel z.B. bei der Erziehungshilfe einzusparen, will CDU-Oberbürgermeister-Kandidat der CDU, Norbert Post, Präventivmaßnahmen fördern und somit die Zahl der Heimeinweisungen senken. Geprüft werden soll, zehn Prozent der Ausgaben für Erziehungshilfe in die Prävention zu stecken. Es handelt sich hierbei also um 10% von 45 Mio. Euro. In Dormagen am Niederrhein wird jedes neugeborene Kind von einem städtischen Begrüßungskomitee besucht. Überforderten Eltern fällt es viel leichter, um Hilfe zu bitten oder Hilfe anzunehmen. Dieses Modell hat sich bewährt. Es gibt kaum noch Heimeinweisungen. Seit Jahren stellen die Grünen zum Thema Präventionsmaßnahmen Anträge im Jugendhilfeausschuss, damit die Kosten für die Unterbringung nicht ins Unermessliche steigen. Die Anträge der Bündnisgrünen wurden jedoch alle von der CDU abgelehnt. Umso mehr freut es uns, dass die CDU das Thema – wenn auch fast schon zu spät – nun doch anpacken möchte. Bisher ist dies jedoch nur eine Idee, die sich noch nicht im Haushalt niederschlägt. Wenn nicht schnellstens gehandelt wird, bürdet die Stadt kommenden Generationen nicht nur soziale Probleme auf, sondern auch gewaltige finanzielle Lasten.

Wenn Sie, meine Damen und Herren von der CDU, ihre ideologischen Scheuklappen im Bereich der Schulpolitik beiseite legen, würden auch Sie weiter schauen und erkennen können, woran es mangelt: An Plätzen für Kinder an Gesamtschulen. Seit Jahren möchte eine steigende Zahl von Eltern ihre Kinder dort anmelden, weil diese Eltern wissen, was Sie nicht wissen wollen: Das dreigliedrige System benachteiligt vor allem Kinder aus bildungsfernen Schichten, wie umfassende Studien der EU erst jüngst wieder

BÜNDNIS 90

DIE GRÜNEN

ergeben haben. Danach schneiden andere Länder besser ab, die keine (so frühe) Trennung in verschiedene Schulformen haben. In Mönchengladbach erhielten dieses Jahr bekanntlich Eltern von über 600 Kindern eine Abweisung. Sie, meine Damen und Herren der Mehrheitsfraktionen, respektieren mit ihrer Ablehnung einer 6. Gesamtschule nicht den Elternwillen und den Bildungswunsch von Kindern, sondern sitzen weiter ein gravierendes Strukturproblem in der Bildungslandschaft Mönchengladbachs aus. Wir meinen: Diese ideologisch gesteuerte Ignoranz der Mehrheitsfraktionen, die mangelnde Wertschätzung der Integrations- und Förderarbeit der Gesamtschullehrerinnen und -lehrer sowie die Missachtung des Elternwillens in Mönchengladbach müssen endlich ein Ende haben!

Den Ausbau des Ganztagsangebotes an der Gemeinschaftshauptschule Frankfurter Straße halten die Mönchengladbacher Bündnisgrünen nach wie vor für sinnvoll, wenn der Fortbestand der Schule gesichert ist. Die Anmeldezahlen für alle zwölf Hauptschulen lagen zuletzt allerdings bei sage und schreibe 96 Schülerinnen und Schülern, so dass sich Bündnis 90/Die Grünen, aber auch die Fraktionen von SPD und FWG in der letzten Sitzung der Bezirksvertretung Rheydt-Mitte einig darüber waren, den Neubau von zwei Betreuungsräumen an der Hauptschule zu vertagen. Wir Grünen lehnen den Bau der Betreuungsräume nicht ab. Aber immerhin geht es hier um eine Investition von 470.000 Euro. Ist es da nicht berechtigt, von der Verwaltung zu erfahren, ob die Schule künftig überhaupt weiter besteht, bevor überhaupt eine sinnvolle Entscheidung getroffen werden kann?

Was also bleibt am Ende beim Blick auf Ihre Haushaltspolitik?

Ein schlüssiges Strategiekonzept zur nachhaltigen Haushaltskonsolidierung ist nicht zu erkennen. Sowohl die Einspar- als auch die Investitionsvorschläge der CDU/FDP orientieren sich am Klienteldenken der Mehrheitsfraktionen und nicht am verantwortungsvollen Umgang mit dem Vermögen der nachfolgenden Generationen.

Zum verantwortungsvollen Umgang mit dem Vermögen der nachfolgenden Generation gehört, dass sich der Rat der Stadt mit dem OB an der Spitze als Ziel die umgehende Verabschiedung und ernsthafte Umsetzung eines Klimaschutzkonzeptes für MG setzt. Mönchengladbach hat zwar beschlossen ein Klimaschutzkonzept zu entwickeln, doch dieser Prozess geht sehr langsam voran und konkrete Beschlüsse und Maßnahmen sind in weiter Ferne. Hier müsste die Verwaltung einen Schwerpunkt setzen und die Erarbeitung mit aller Kraft vorantreiben. Auch und gerade in Kommunen mit solch desolatem Haushalt sollte umgehend ein Energieeffizienzkonzept für die Stadt entwickelt werden.

Klimaschutz vor Ort heißt auch Einstieg in den Wettbewerb um Firmenansiedlungen in den zukunftsorientierten Bereichen, wie Brennstoffzellen, Solarfabriken, Energiemanagement. Der tote Flughafen, in

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

den Millionen vergeblich gesteckt wurden, der laufende Kosten verursacht und der ab 2010 mit dem Auslaufen der Verträge heftige finanzielle Auswirkungen auf die NVV haben wird, sollte als Fehlinvestition anerkannt werden und stattdessen eine Nachnutzung intensiv überlegt werden. Dabei sollte der Blick auf die regenerativen Zukunftsenergien und damit verbunden die Zukunftsarbeitsplätze gelegt werden. Das, meine Damen und Herren, könnte unsere Stadt weiterbringen. Ich wünsche mir hier den Spitzenplatz, den wir – leider – an etlichen anderen Stellen einnehmen.

Beispielsweise bei den Gebührenhaushalten. Hohe Gebühren belasten die Bürgerinnen und Bürger Mönchengladbachs gleich doppelt: Zum einen über die Ausgaben der privaten Haushalte und daneben über die von der Stadt selber in ihrem eigenen Organisationsbereichen zu bezahlenden Gebühren. Ob bei der Abfallentsorgung, beim Wasser und Abwasser, der Straßenreinigung und den Friedhöfen, Mönchengladbach ist für die Gebührenzahlenden ein teures Pflaster. Trotz der zu entrichtenden hohen Gebühren enttäuschen die dafür gebotenen Leistungen oft. Sei es im Bereich der Abfallentsorgung oder bei der Straßenreinigung, trotz hoher Gebühren hinterlässt unsere Stadt an vielen Stellen einen recht unsauberen Eindruck. Gleichzeitig schließen rekordverdächtige Gebühren im Bereich Abwasser und bei den Kanälen Schadens- oder Gefahrenlagen bei Starkregenereignissen nicht aus. Mönchengladbachs rote Laterne für die klassische Bestattung bei den Friedhofsgebühren lockt auch nicht, sondern weckt Ausschau und Interesse nach alternativen Orten und Bestattungsarten. Mit den hohen Gebührenpreisen werden die Bürgerinnen und Bürger durch eine über Jahrzehnte verfehlt betriebene Stadtentwicklungspolitik zur Kasse gebeten. Der ungebremste Flächenfraß, aus stadttökologischer Sicht von unserer Seite häufig kritisiert, führt heute für breite Bevölkerungsschichten bei seit Jahren stagnierenden Einkommen immer mehr zur wachsenden finanziellen Belastung. Diese besorgniserregende Kostenentwicklung begegnet uns auch bei den Netzkosten für Strom und Gas, den steigenden Kosten für die Betreuungskosten in den Einrichtungen für Kinder, den Schulen oder beim öffentlichen Personennahverkehr. Absehbar und verschärfend wirkt hierbei eine geringer werdende Einwohnerzahl, die die wachsenden Kosten für eine ständig weiter ausbreitende Grundstruktur und deren Instandhaltung tragen muss.

Obwohl bei chronischer Unterfinanzierung des städtischen Haushalts der stetig steigenden Instandhaltungsaufwand schon seit Jahren nicht mehr ausreichend bewältigt wird. Der Zustand vieler Straßen und städtischer Gebäude belegen das bestehende Unterhaltungsdefizit von über 80 Mio. €UR eindrucksvoll. Dabei ist der Substanzverlust und der hieraus resultierende Vermögensverzehr das eigentlich Erschreckende.

Warum werden diese Zusammenhänge seitens der Verwaltung und Politik eigentlich so wenig reflektiert? Während Versorgungsunternehmen, um Einsparpotentiale zu finden, ihre Strukturen heutzutage ständig durchleuchten, betrachtet die übergroße Mehrheit dieses Rates die volkswirtschaftlichen Folgekosten, ihres städtebaulichen Handelns wenig bis

BÜNDNIS 90

DIE GRÜNEN

kaum. Auch in dieser gravierenden Unterlassung liegt eine der hausgemachten Ursachen für die besorgniserregende Finanzlage Mönchengladbachs.

Gerade das Projekt 2030 bot mit dem Ansatz dem vernünftigen Vorschlag des Oberbürgermeisters anstelle einer weiteren Entwicklung der Außenbereiche, die innerstädtischen Bereiche zu stärken, ein wirkungsvolles Umsteuern. Aber wie so oft in Mönchengladbach zerredeten die Sprecher der Mehrheitsfraktionen eine Chance im klein karierten politischen Gezänk.

Zur Lösung der strukturellen Probleme Mönchengladbachs bietet Ihre Politik offensichtlich keine Perspektive. Sie stehen für Stillstand. Das ist schlecht für die Stadt und schlecht für die Bürger, die Ihrem Tun bei der Kommunalwahl im nächsten Juni hoffentlich einen Riegel vorschieben, indem sie Ihnen mit ihrem Votum die Mehrheit in diesem Rat entziehen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.